

Dr. Markus Krall

DER DRAGHI-CRASH

Warum uns die entfesselte
Geldpolitik in die finanzielle
Katastrophe führt

In Erinnerung an Roland Baader (1940–2012)

Vorwort

zur 8. Auflage

18 Monate sind vergangen seit der ersten Auflage meines Buches *Der Draghi-Crash*. Und man kann sagen: 18 ereignisreiche Monate. Das galt natürlich nicht für die Geldpolitik. Auf die passt der Nachrichtenspruch aus dem 1. Weltkrieg »Im Westen nichts Neues«! Dabei hätte sie Anlass genug gehabt, über Sinn und Zweck ihrer Strategie und Marschrichtung nachzudenken.

Die Ertragszahlen der Bankenbranche bohren sich mit geradezu traumwandlerischer Sicherheit und wie nach dem Drehbuch der Prognose dieses Buches geradewegs in den Boden. Die Kritik am vierten Stresstest der Bankenaufsicht angesichts täglich schlechterer Nachrichten von Kandidaten, die dort nirgends als Problem aufgeschienen sind, hat sich ebenso bestätigt. Mittlerweile schreibt auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, die Zentralbank der Zentralbanken, davon, dass über 12 Prozent aller Unternehmen als vom Nullzins künstlich am Leben erhaltene Zombies den Wirtschaftskreislauf und die Kreditportfolien der Banken verseuchen. Der Chef der EBA, Enria, räumt die Existenz von 1.000 Milliarden Euro ausgefallenen Krediten im Bankensystem des Eurolandes ein, die auf die Zombies oben drauf kommen und entlarvt die Politik seines Hauses, der European Banking Authority, als Nebelgranate bei der korrekten, oder besser: nicht korrekten Bilanzierung dieser Verluste in den Zahlenwerken der Kreditwirtschaft. Sein fünfter nach gescheitertem Muster durchgeführter Stresstest mit der gleichen unzulängli-

chen Methodik dokumentiert die Lernresistenz einer ganzen bürokratischen Klasse in Europa. Dafür hat man ihn neulich vom Chef der relativ kleinen EBA zum Präsidenten des ungleich größeren Single Supervisory Mechanism, der Bankaufsicht in der EZB, befördert. Man sieht das Peters-Prinzip bei der Arbeit, live und in Farbe.

Da sage noch mal einer, Europa sei mit seinen leitenden Angestellten nicht nachsichtig.

Nun geht das Strohfeuer der mit billigem Geld angefachten Konjunktur zu Ende. Man hat sich jetzt einige Jahre daran gewärmt, dass Wachstum und Beschäftigung auf anämisches Niveau und im Gleichschritt gewachsen sind und dabei übersehen, dass es einem Produktivitätswachstum von Null gleicht, wenn man 2 Prozent mehr Leute braucht, um 2 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen herzustellen. Seit Monaten stapeln sich die Mahnungen der Konjunkturforscher. Die Aktienkurse sind weltweit auf dem Rückzug. Die Immobilienpreise haben ihr Plateau erreicht und die Angst vor einem Einbruch der Blasen greift langsam um sich.

Die Lunte namens gesamtwirtschaftlicher Konjunktur einbruch an der monetären Bombe, die die EZB zusammengestastelt hat, glimmt unaufhaltsam und auch der Wirtschaftspresse wird es allmählich mulmig. Soweit zu den schlechten Nachrichten.

Und jetzt die Gute: Wir brauchen mit einer Wende in der Geldpolitik nicht zu rechnen. Die Zinswende, die das ganze Kartenhaus sofort zum Einsturz bringen wird, sie kommt nicht. Eher fließt Wasser bergauf. Die EZB hat die Zeit des angeb-

lichen Booms nicht für eine Korrektur genutzt, noch viel weniger kann sie das jetzt, da wir auf die Rezession zusteuern oder wahrscheinlich schon mitten drin sind, weil die Zahlen, die uns das sagen, immer erst 3 bis 6 Monate später kommen. Die EZB ist also zur Fortsetzung einer fehlgeleiteten Geldpolitik verdammt. Ihr wird auch nicht das Pulver ausgehen. Sie ist kreativ genug, den rechtlichen Rahmen ihres Mandats bis zur Unkenntlichkeit zu überdehnen. Das Bundesverfassungsgericht sieht passiv zu und der Europäische Gerichtshof assistiert.

Die Ironie dieser Geschichte ist allerdings, dass ausgerechnet Italien mit seiner neuen Regierung das von dem italienischen Präsidenten der Zentralbank geschaffene Pyramidenschema vor der Zeit zum Kollaps bringen könnte. Italien kann mit diesem Euro nicht leben und gedeihen. Das weiß die als »populistisch« verschrieene Regierung in Rom. Sie wird es daher darauf ankommen lassen. Dann wird es heißen: Im Süden was Neues. Im Westen sowieso.

Wenn das monetäre Ungleichgewicht zur Entladung kommt, wird es aber nicht bei einer Währungsreform bleiben. Unser politisches System der Parteiendemokratie, unsere durchbürokratisierte Teilplanwirtschaft, unser dem Eigentum entfremdetes Aktienrecht und unsere internationalen politischen Gewissheiten werden dann gemeinsam den Weg alles Irdischen gehen. Dann bekommt der schwarze Schwan Junge – wie in meinem zweiten Buch im FinanzBuch Verlag nachzulesen.

Frankfurt, im März 2019
Markus Krall

Wenn du in einem Loch sitzt: Hör auf zu graben!

DONALD RUMSFELD

*Die Frage ist nicht, wer mir eine Erlaubnis erteilt.
Die Frage ist, wer mich aufhalten kann.*

AYN RAND

Vorwort

von Abtprimas Emeritus Dr. Notker Wolf

»Die Wahrheit wird euch frei machen« (Johannes 8, 32) lautet ein geflügeltes Wort Jesu aus der Bibel – und ich würde ergänzen: und wird euch in eurer Freiheit erhalten. Markus Krall analysiert von Anfang bis zum Ende des vorliegenden Buchs die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftslage Europas, mit entlarvender Akribie. Immer behält er dabei im Auge die Freiheit als Kern unseres Menschseins.

Aber was haben die politischen und finanziellen Verantwortlichen aus dieser Freiheit gemacht? Sie bevormunden die einfachen Leute, die Reichen flutschen aus nach Panama. Die EZB und die Regierungen kontrollieren jeden finanziellen Schritt ihrer Bürger. Großzügigkeit ist verpönt; man darf in Italien niemandem etwas jenseits von 999,99 Euro schenken. Die Menschlichkeit wird mit Füßen getreten. Dabei haben weder Monti noch Letta oder Renzi je den Mut gehabt, es mit den Gewerkschaften aufzunehmen und zugunsten der Volkswirtschaften zu entscheiden, das heißt für den Bürger.

Wer kontrolliert die EZB? Auch nur Menschen, die zentralistisch denken und den Bürger in seinen Freiheiten beschränken? Bevormundung allenthalben. Die Engländer, immer schon bedacht auf ihre individuelle Freiheit, haben sich als Erste von der EU verabschiedet. Jetzt wollen die Staaten der EU

enger zusammenstehen. Aber haben sie daraus gelernt und sehen sie die Notwendigkeit und die Vorteile der Subsidiarität?

Markus Krall zeigt auf, auf welche verschlungenen Pfade die Verantwortlichen der EU und der EZB sich begeben, um dem Respekt vor der Freiheit der einzelnen Bürger, der Banken, der Marktwirtschaft auszuweichen. Es ist nicht von ungefähr so, dass die Griechen und Italiener sich rigorosen Sparplänen entziehen wollen. Ihre Kulturen denken anders als die nördlichen. Es wird eine Sisyphusarbeit sein, Europa zusammenzuhalten. Dabei wäre es das Gebot der Stunde im Rahmen der weltpolitischen Entwicklung. Das Erbe und den Kern des Abendlandes machen die individuelle und kulturelle Freiheit aus. Dieses Ideal muss hinter allen finanzpolitischen Erwägungen stehen. Aber es ist immer schon ein Bestreben der herrschenden Klasse, ihre »Untergebenen« zu bevormunden, und für Letztere ist es auch gar nicht unbequem, die Verantwortung nach oben abzuschieben. Nur, was wird daraus? Wird der Euro, werden all die europäischen Errungenschaften der Integration der Länder, der Freiheit der innereuropäischen Grenzen zusammenbrechen?

Es ist an der Zeit, aufzuwachen und die Freiheiten zu verteidigen, welche Konsequenzen sie auch immer nach sich ziehen werden. »Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, dabei aber sein Leben einbüßt?« (Markus 8,36) lautet ein weiterer Spruch Jesu. Unsere abendländische jüdisch-christliche Tradition hat es nicht mit irgendwelchen Dogmen zu tun, sondern es geht um die Sorge Gottes für den Menschen und die Sorge der Menschen füreinander, um das Dienen am Volk, nicht das Herrschen über den Souverän. Markus Krall zieht die entsprechenden Konsequenzen, die alles andere als bequem sind. Sie erfordern ein Umdenken der

Politiker- und Finanzeliten. Vielleicht gilt auch da das Wort Reinhold Schneiders: »Allein den Betern kann es noch gelingen, das Schwert ob unsern Häuptern aufzuhalten.« Markus Krall beschreibt am Ende sehr wohl, was zu tun ist, um die Finanzen und die Wirtschaft wieder in die rechte Balance zu bringen. Aber werden die Verantwortlichen den Mut dazu aufbringen?

Dr. Notker Wolf OSB

Prolog

Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und dem Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen.

Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staat teilen muss.

FRIEDRICH DER GROSSE

Wenn es ernst wird, muss man lügen.

JEAN-CLAUDE JUNCKER, PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Wir verletzen alle Rechtsvorschriften, weil wir einig auftreten und wirklich die Euro-Zone retten wollten (...) Der Vertrag von Lissabon war eindeutig. Keine Rettungsaktionen.

CHRISTINE LAGARDE, PRÄSIDENTIN DES IWF

Nimm vom Staat das Recht weg, was bleibt dann als eine große Räuberbande?

HL. AUGUSTINUS VON HIPPO, KIRCHENLEHRER

Gut drei Jahre ist es nun her, dass mit dem Buch *Verzockte Freiheit* ein anderes, sich an marktwirtschaftlichen Erklärungen orientierendes Buch zur Darstellung der großen Finanz- und Wirtschaftskrise unserer Tage erschienen ist. Damals habe ich noch unter dem Pseudonym Diogenes Rant veröffentlicht. Heute schreibe ich hingegen aus der Notwendigkeit, Stellung zu beziehen, mit meinem Klarnamen.

Das Buch schlug einen Bogen von den Anfängen der US-amerikanischen Immobilienblase, der Geldpolitik und Bankenregulierung der 1990er-Jahre über die Erfindung der Immobilienkreditverbriefung, die Wechselwirkung von Politik, Regulierung, Geldpolitik, Banken, Ratingagenturen und Investoren bis zum Platzen der Blase, der nachfolgenden Lehman-Pleite und dem Crash von 2008. Es führte den Leser von der Finanzkrise zur mit ihr verwobenen Eurokrise und verdeutlichte bereits damals die Konstruktionsfehler der Eurorettungspolitik, deren endlose Erfolglosigkeit uns schon zur Lesegewohnheit geworden ist.

Vor allem stellte *Verzockte Freiheit* die einfachen Erklärungsmuster von Politik und staatsgläubigen Medien über die Schuldfrage an der Krise infrage und zeigte auf, wie sich alle Beteiligten, nachdem sie sich erfolgreich ihres Wertegerüsts entledigt hatten, Hand in Hand an der Entstehung der Katastrophe beteiligten. Nicht die Banken allein hatten einen Holzweg beschritten, sie waren in bester Gesellschaft, Teil eines mit einem Verfalldatum versehenen Ökosystems, zu dem Politik, Aufsicht, Ratingagenturen, Investoren und Investmentbanken ihren Beitrag geleistet hatten.

Im abschließenden Kapitel »Die sieben Todsünden gegen die Freiheit« brachte ich die Sorge zum Ausdruck, dass die Folgen

dieser Entwicklungen sich nicht auf die Krisenbewältigung beschränken werden, sondern dass sie antifreiheitlichen Instinkten zu einer neuen Blüte verhelfen und so die Grundlagen unseres Wohlstands und unserer politischen Freiheit untergraben würden.

Diese Befürchtungen haben sich heute, nur drei Jahre später, in einem Maße bewahrheitet, das erschreckend ist.

Es zeigt sich, dass die massiven handwerklichen Fehler bei der Krisenbewältigung selbst neue Probleme heraufbeschwören, ja dass sie in ihrer Fehlkonstruktion sogar eine Krise noch gewaltigeren Ausmaßes lostreten werden. Wohin man auch sieht: Die politische Klasse sucht ihr Heil in der Planwirtschaft, der Bevormundung und dem Gängelband, an dem sie Banken, Versicherer, Konsumenten, Produzenten, ja ganze Staaten festbindet. Der bürokratische, planwirtschaftliche und sozialistische Zuteilungsstaat hat sich erst in den Köpfen unter dem Stichwort »Primat der Politik« und dann in der Umsetzung von Gesetzgebung und Regulierung breitgemacht.

Den Verantwortlichen der politischen Elite fehlt ganz offensichtlich der Kompass für die Funktionsweise der freien und sozialen Marktwirtschaft, die unserem Land Wohlstand und Wachstum beschert hat. Und die wirtschaftlichen und akademischen Eliten fallen ihr nicht in den Arm, abgesehen von einigen wenigen Unentwegten.

Der Reflex der Politik bei allem, was schiefgeht, ist die Suche nach einem Schuldigen, vorzugsweise aus der Finanzindustrie oder der übrigen Privatwirtschaft, und die Heilung durch Vorschriften, Verbote, Gebote und Zensur.

Dabei haben Politik, Aufsichtsbehörden und Zentralbanken sich selbst, die Finanzwirtschaft, ja uns alle in eine babylonische Gefangenschaft gezwungen, aus der wir ohne reinigende und schmerzhaft große Anpassungskrise nicht mehr herauskommen werden.

Verteidigt wird dieser falsche Weg durch kontinuierliches Fingerzeigen auf die vermeintlich einzig an der Entstehung der Krise Schuldigen, die Banken, dann durch die Betonung der Unabhängigkeit der EZB, die längst zu einem Fehlen jeglicher Kontrolle durch den Souverän degeneriert ist, und das Insistieren auf der Validität stümperhaft erstellter Analysen und ihrer Schlussfolgerungen, selbst dann noch, wenn für jedermann offensichtlich ist, dass man um Welten danebengelegt hat.

Bestes Beispiel hierfür sind die in Serie fehlgeschlagenen Bankenstresstests, die von der der EZB unterstellten Bankenaufsicht SSM (Single Supervisory Mechanism) und der EBA (European Banking Authority) durchgeführt werden. Die Ergebnisse taugen in Wahrheit nur noch als politisches Feigenblatt zur Hinauszögerung des geldpolitischen Offenbarungseides, indem sie die Verwüstungen, die die Nullzinspolitik in den Bankbilanzen angerichtet hat und noch anrichtet, dem prüfenden Auge der Öffentlichkeit entziehen. Im Ergebnis wird wider besseres Wissen behauptet, das Finanzsystem in Europa sei heute gesünder als im Jahr 2007, dem Beginn der Krise. Das ist es, wie wir auf den nächsten Seiten sehen werden, mitnichten.

Dieses Buch wurde auch geschrieben, um vor der kommenden Anpassungskrise zu warnen. Keiner soll sagen können, dass das alles nicht vorhersehbar war. Wie Sie auf den nächsten Seiten und in den nächsten Kapiteln dieses Buches feststellen

werden, zeichnet sich nämlich durchaus in Umrissen ab, wie diese Krise aussehen wird, und dass sie unsere Gesellschaft vor einen Scheideweg stellt. Sie wird epochal sein.

Wir müssen uns dann entscheiden: Wollen wir den Weg der Planwirtschaft, der letztlich ein Weg der Knechtschaft und Sklaverei ist, bis zur bitteren Neige zu Ende gehen, indem wir die vermeintliche Rettung den Apologeten eines neuen Sozialismus in die Hände geben?

Ich wage hier und jetzt die These, dass dieser Irrweg Europa an den Rand seiner zivilisatorischen Existenz bringen wird. Ein von Unfreiheit und Sozialismus geschwächtes Europa wird sich der Angriffe totalitärer Staaten an seiner Peripherie nicht erwehren können, weder wirtschaftlich noch ideologisch-zivilisatorisch noch militärisch.

Oder wollen wir die Krise als Weckruf verstehen, um uns auf die Tugenden der Freiheit, des Fleißes, des ehrbaren Kaufmanns und patriotischen Verfassungsbürgers zu besinnen?

Dann müssen wir bereit sein, die Verführungen der sieben Todsünden gegen die Freiheit radikal über Bord zu werfen. Wir müssen die korrumpierten Eliten nach Hause schicken und den Sumpf radikal austrocknen, in dem diese im Trüben fischen.

Wir müssen die Eigenverantwortung über den Bevormundungsstaat stellen und den Sozialstaat wieder als das sehen, was er sein sollte: Ein Schutz gegen unverschuldete Not, kein Ersatz für ehrliche Arbeit und Verantwortung für das eigene Leben.

Wir müssen dem Eigentum und der Vertragsfreiheit als Herzstück der Marktwirtschaft auch dort wieder Geltung verschaf-

fen, wo es mit dem Impuls populistisch agierender Sozialpolitiker kollidiert, deren ganzes Bestreben darin besteht, sich auf Kosten anderer für Wohltaten feiern zu lassen, die sie nicht selbst bezahlen müssen. Das gilt für den Arbeitsmarkt, wo man Mindestpreise verordnet, wie für das Mietrecht, wo man Höchstpreise verordnet. Es gilt für die öffentlich-rechtliche Medienzwangsbeglückung wie für die planwirtschaftlich durchbürokratisierte Stromversorgung.

Wir müssen der Herrschaft des Rechts in der Geldpolitik wieder zur Geltung verhelfen und nicht weiter dem verführerischen Motto folgen »Not kennt kein Gebot«. Die Geldpolitik ist auf der abschüssigen Bahn schon längst zur Staatsfinanzierung verkommen und hat für jeden, der die Augen nicht gewaltsam verschließt, das Territorium der Legalität längst verlassen. Dafür müssen wir die fehlgeschlagene und zum Schuldenmachen auf Kosten Dritter verleitende Governance der Gemeinschaftswährung gründlich reformieren oder – wenn das aufgrund der politischen Widerstände ihrer gegenwärtigen Nutznießer nicht möglich sein sollte – dieser Währung erlauben, zu implodieren und sich abzuschaffen.

Wir müssen den Staat auf seine Kernaufgaben zurückstutzen, damit er diese auch richtig ausführen kann: Recht setzen und Recht sprechen, innere und äußere Sicherheit gewährleisten (und ja: dazu gehört auch, Grenzen zu sichern), durch Bildung Chancen schaffen und dabei Talente fördern, statt der Gleichmacherei und der Indoktrination zu frönen.

Das bedeutet vor allem auch, den Staat kleiner zu machen. Eine Staatsquote von 25 Prozent reicht auch! Der Staat ist nicht besser als der Markt bei der Auswahl künftiger Gewinner. Wir brauchen keine Industriepolitik à la française, und auch Frank-

reich würde besser damit fahren, diese Anmaßung endlich aufzugeben.

Wir brauchen auch keine planwirtschaftliche Energiewende, die in 15 Jahren 1.000 Milliarden Euro vergeudet, dabei sogar noch den Kohlendioxidausstoß erhöht und so den Klimawandel beschleunigt, die Gefahr von Atomunfällen vergrößert (weil veraltete Atomkraftwerke an unseren Grenzen länger laufen, wenn wir unsere vom Netz nehmen), die Versorgungssicherheit mit Strom untergräbt und industrielle Arbeitsplätze aus dem Land treibt.

Wir brauchen keinen Staat, der überschuldet und handlungsunfähig ist, dabei aber gleichzeitig auf Hunderten von Milliarden von Vermögenswerten sitzt, von denen sich korrupte Oligarchen nähren. Wir müssen den bürokratischen Rentiers das Staatsvermögen wegnehmen und privatisieren, um es produktiv zu machen, Schulden abzubauen und den Sumpf der Korruption auszutrocknen, der sich von diesem Vermögen ernährt.

Wir müssen zu den Kerngeboten demokratischer Governance zurückkehren, die wir vor allem auf europäischer Ebene verlassen haben: Eine Person – eine Stimme, keine Entscheidungshoheit ohne Verantwortung und Kontrolle durch den Souverän, Transparenz der Entscheidungswege, Subsidiarität und Ausschließlichkeit der Setzung von Recht durch den Souverän statt durch nicht gewählte technokratische Gremien.

Wir müssen als Volk in existenziellen Fragen das Recht fordern, diese in direkter Demokratie zu entscheiden. Das Volk ist nicht schlechter informiert als seine Vertreter und es trifft seine Abstimmungsentscheidungen nicht auf Basis von karrieregetriebenem Opportunismus. Seine Bevormundung durch

die Apologeten eines immer mehr versagenden, weil nach Karriereprinzipien organisierten und von ihnen zunehmend korrumpierten Parteienstaats ist zurückzuweisen!

Wir müssen die Erwartungshaltung an das Gemeinwesen und die *res publica* neu definieren, getreu dem Zitat John F. Kennedys: »Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst.« Dies muss vor allem wieder die Haltung unserer Eliten werden. Man regiert eine Demokratie nicht, man dient ihr. Diese Haltung verträgt sich nicht mit dem Status quo des Staats als Beute.

Jeder, der den Staat und also das Gemeinwesen in Anspruch nimmt, sei es durch Transfers, Subventionen oder Gefälligkeiten, sollte in den Spiegel sehen und sich fragen: Habe ich mir das ehrlich verdient? Wer zahlt die Zeche meines Anspruchsdenkens? Die Antwort dürfte – wenn sie ehrlich ist – in aller Regel sein: Nein, das ist unverdient, und bezahlt wird es vom kleinen Mann, von den Fleißigen, die wir zu den Dummen unseres Staatswesens erklärt haben, weil sie sich bisher noch klaglos ausbeuten lassen. Aber das werden sie nicht unbegrenzt tun. Das Wetterleuchten aus Amerika ist nicht mehr zu übersehen, und es kommt auch nach Europa.

Wir müssen die Beliebigkeit der Werte beenden. Freiheit, Menschenrechte und Demokratie wurzeln in christlich-jüdisch inspirierter Tradition der Aufklärung. Wer sie will, kann nicht ihre Wurzeln negieren. Die Ideologie des 1968er-Egoismus mit der Devise »Erlaubt ist, was gefällt« hat in einem solchen Wertegerüst keinen Platz. Sie ist die Ideologie derer, die unsere Freiheit zu ihrem eigenen materiellen Vorteil auch weiterhin verzocken möchten. Wir sollten sie auf dem Müllhaufen anderer fehlgeleiteter Ideologien des 20. Jahrhunderts entsorgen.